



WOHNEN UND WOHNUNGSBAU

■ ANALYSE		
	Wohnen und Wohnungsbaupolitik im Wandel. Irina Tschetwernina, Moskau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Statistiken zum Wohnungsbau	5
■ UMFRAGE		
	„Nationale Projekte“ im Vergleich	7
	Die Wohnungssituation und das Nationale Projekt „Erschwinglicher Wohnraum“	8
	Einstellungen zum Hypothekenkredit in der russischen Bevölkerung	10
■ ANALYSE		
	Wohnen und soziale Ungleichheit. Irina Tschetwernina, Moskau	11
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Wohnen als Kostenfaktor	13
<hr/>		
■ CHRONIK		
	Chronik von 21. bis zum 28. September 2006	15
<hr/>		
■ LESEHINWEIS		
	Abstracts der Artikel mit Russland-Bezug aus Osteuropa 9/2006	16



Analyse

Wohnen und Wohnungsbaupolitik im Wandel

Von Tatjana Tschetwernina, Moskau

Zusammenfassung

Die Reformen im Wohnungswesen kommen auch nach nahezu 15 Jahren Transformation nicht wirklich in Gang. Immerhin verabschiedete das Parlament 2004 ein Paket von Reformgesetzen mit dem Ziel, einen Wohnungsmarkt zu schaffen. Die Realisierung dieses Programms aus Präsident Putins erster Amtszeit zieht sich in die Länge. Trotz des langsamen Tempos der Reform halten die politisch Verantwortlichen jedoch an dem Ziel fest, den Wohnungssektor von seinen Nutzern finanzieren zu lassen. In den Augen der Bürger ist die einzige spürbare Folge der Reform im Wohnungswesen die Erhöhung der an die Gemeinden für Wohnung und dazugehörige Dienstleistungen zu entrichtenden Zahlungen. Und tatsächlich ist die Realität von den Programmen und Gesetzen, welche das Wohnen in die Marktwirtschaft integrieren sollen, noch weit entfernt.

Ende des sowjetischen Lebensstils?

Am 10. Juni 2004 verabschiedete die russländische Staatsduma in erster Lesung ein Paket von 27 Gesetzesvorlagen zur Wohnungspolitik. Ziel war die Schaffung eines regelrechten Wohnungsmarktes, wie er bis dato noch nicht existierte. Die Projekte konnten das Parlament passieren, weil die Regierung auf Grund der Dominanz der Präsidentenpartei „Einiges Russland“ über eine satte Mehrheit verfügt. Jedoch verließen während der Abstimmung die Abgeordneten des Wahlbündnisses „Heimat“ und der Kommunistischen Partei (KPRF) den Saal. Erstere wehrte sich damit gegen die Ignorierung einer alternativen Gesetzesvorlage. Der KPRF ging es hingegen um Grundsätzliches, nämlich um die mit den neuen Gesetzen drohende „Zerstörung der sowjetischen Lebensweise“.

Die Wohnung als Experimentierfeld: Markt und Reformen

In der Tat hat die Marktwirtschaft den Wohnungssektor auch 15 Jahre nach dem Beginn der Wirtschaftstransformation noch nicht vollkommen erfasst.

Gewiss kündigte Ende 1992 eine Gesetzesnovelle erste Schritte Richtung Wohnungsmarkt an. Wohnraum, Wasser und Energie wurden prinzipiell kostenpflichtig, bei Zahlungsverweigerung konnten Wohnungen nunmehr geräumt werden. Damit folgte die Regierung Vorgaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die ihre Kredite an Sozialreformen knüpften. Von der Liberalisierung der Preise blieb die Wohnungswirtschaft jedoch ausgespart. Sie fungierte als eine Art Dämpfer der so genannten Schocktherapie, mittels derer Jelzins erste Reformergeneration Russlands Wirtschaft und Gesellschaft in möglichst kurzer Zeit umbauen wollte. Eine Folge der sozialen Abfederung der Reformen durch die massive Subventionierung des Wohnens

war, dass der von der Bevölkerung aufgebrauchte Anteil an den Ausgaben für Erhalt und Instandsetzung von Wohnungen sank. Wurden um 1990 ein Viertel bis ein Drittel der entsprechenden Ausgaben von den Nutzern der Wohnungen getragen, so übernahmen diese 1992/93 schließlich nur noch 1,5 Prozent! Die Wohnungswirtschaft war damit von Rentabilität weiter entfernt als am Ende der Sowjetzeit.

Mitte der neunziger Jahre wurde der Versuch unternommen, im Wohnungssektor nun doch die Marktwirtschaft einzuführen. Die Preise für die Nutzung von Wohnungen und die dazugehörigen kommunalen Dienstleistungen wurden angehoben. Gleichzeitig erweiterte sich jedoch durch ein Gesetz zur Verbesserung der Lage der Kriegsveteranen (1995) der Kreis derjenigen Personen, die ein Anrecht auf Preisnachlässe bei der Bezahlung von Wohnraum und kommunalen Leistungen haben. Die finanzielle Belastungsgrenze der Wohnungsnutzer, ohne Anspruch auf Begünstigungen war rasch erreicht, weil die Realeinkommen durch die Inflation stetig sanken. Angesichts dessen erschien es unmöglich, die Reform zügig durchzuführen. Also wurde dafür 1996 per Gesetz ein Zeitraum von zehn Jahren angesetzt.

Privatisierung und Wohnungswirtschaft

In den ersten beiden Phasen der Reform gelang es nicht, die Wohnungswirtschaft in ein sich selbst finanzierendes Unternehmen zu verwandeln. Wohnen in Russland blieb nahezu gänzlich von staatlicher Finanzierung abhängig. Doch wurden vom Beginn bis in die Mitte der neunziger Jahre zwei historische Schritte vollzogen, mit denen sich die Eigentumsverhältnisse im Wohnsektor grundlegend änderten. Zum einen wechselten zahllose Wohnungen in den Besitz ihrer Bewohner. Infolge dieser Privatisierungswelle stieg die Zahl der in Privateigentum überführten

Wohnungen zwischen 1990 und 1995 von 43 000 auf 1 529 000. Zum anderen gingen die bis dahin im Besitz verschiedenster Institutionen befindlichen Wohnungen an die Kommunen über. Dies war vor allem eine Folge der Privatisierung von Unternehmen, denen zu sowjetischen Zeiten Wohnungen gehört hatten. Denn einem in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Staatsbetrieb weiter den ursprünglich zu ihm gehörenden Wohnraum zu überlassen, war nämlich verboten.

Für die Bewohner bedeutete die Übertragung des Wohnraumeigentums an die Kommunen in der damaligen Situation eine Verbesserung. Denn die Wirtschaftskrise ließ die soziale Infrastruktur der Unternehmen verkommen, die noch betriebseigenen Wohnungen wurden kaum mehr in Stand gehalten. Mit dem Übergang in den Besitz der Kommunen waren die Wohnungen dem unmittelbaren Einfluss der Wirtschaftskrise entzogen. Die Bewohner konnten sogar feststellen, dass die Häuser besser gepflegt wurden als zuvor. Die Übernahme des Wohnraums durch die Kommunen fand dementsprechend breite Akzeptanz. Allerdings wurde damit den öffentlichen Kassen eine weitere schwere Last aufgebürdet, der sie insbesondere in den generell stark von staatlichen Subventionen abhängigen Regionen nicht gewachsen waren. Da viele Betriebe über längere Zeit hinweg kaum in ihre Wohnungen investiert hatten, mussten die Kommunen nunmehr umso umfangreichere und teurere Renovierungen finanzieren. Negative Folgen hatte die Kommunalisierung der ursprünglich im Besitz von Betrieben und anderen Institutionen befindlichen Wohnungen manchmal für jene Bewohner, die zuvor – beispielsweise als Betriebsangehörige – finanzielle Vorteile bei der Nutzung dieses Wohnraums genossen hatten.

Die Reformen von 1997

Eine neue Etappe der Reform wurde 1997 eingeleitet. Die Verantwortlichen erhofften sich nun Verbesserungen von einer weiteren Diversifizierung des Wohneigentums durch die Gründung von Genossenschaften. Vor allem aber wurde nunmehr die volle Übernahme der Kosten für Wohnen und damit verbundene Dienstleistungen durch die Nutzer der Wohnungen zum erklärten Ziel. Allerdings sah man ein, dass entsprechende Maßnahmen nicht ohne Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Bevölkerung durchgeführt werden konnten. Daher sollte der auf Wohnen und damit zusammenhängende Dienstleistungen zu verwendende Einkommensanteil eine bestimmte Norm nicht überschreiten. Damit wollten die Reformer auch dem starken Einkommensgefälle Rechnung tragen.

Als Voraussetzung für die Umsetzung der Reform

galt die Umstrukturierung der Wohnverwaltung und der von den Kommunen erbrachten Dienstleistungen für die Bewohner. Bis dahin war das Wohnungswesen innerhalb der Gemeinden ein einziger, für alles und jedes zuständiger Koloss. Nun sollten Wohnraumverwaltung und Dienstleistungen zunächst getrennt werden. In einem weiteren Schritt sollten die Beziehungen der verschiedenen Bereiche im Wohnungswesen untereinander vertraglich geregelt werden.

Als zeitliche Grenze für den Übergang zur vollen Finanzierung des Wohnungswesens durch seine Nutzer war das Jahr 2001 vorgesehen. Die Finanzkrise im Sommer 1998 stellte diesen Zeitplan jedoch in Frage. Hatten die Reformer vor der Augustkrise ihren Schwerpunkt bei der Erhöhung der Tarife für Wohnen und Dienstleistungen gesetzt, so traten nun andere, eher an einem sparsamen Umgang mit Ressourcen und an den Interessen der Verbraucher orientierte Aspekte in den Vordergrund: Die Erbringer von Dienstleistungen sollten ihre Ausgaben reduzieren und effizienter werden. Die Höhe der von Wohnungsnutzern zu entrichtenden Zahlungen sollte künftig von der Größe des in Anspruch genommenen Wohnraums abhängig sein. Angesichts der Folgen des Crashes für die privaten Finanzen der Bürger schienen zudem echte soziale Garantien für die Nutzer der Wohnungen unabdingbar. Auf jeden Fall sollte ein „sozialer Mindeststandard“ an Dienstleistungen gewährleistet werden.

Diese „soziale“ Periode der Reform ging jedoch rasch vorbei, als die Eindrücke des Sommers 1998 verblassten. Eine Gesetzesvorlage über soziale Mindeststandards, die auch das Wohnungswesen betraf, wurde im Jahr 2000 von der Duma abgelehnt. Damit begann die nächste Etappe auf dem langen Weg der Wohnreform.

Putin und ein neuer Anlauf zur Reform des Wohnungswesens

Zu Beginn des neuen Jahrtausends zeigten sich im Wohnungswesen bereits deutlich die Folgen der Unterfinanzierung dieses Sektors während einer ganzen Dekade. Gleichzeitig war die Staatsmacht unter dem seinerzeit äußerst populären neuen Präsidenten Putin selbstbewusst genug, um umfangreiche Sozialreformen einzuleiten. Die politische Opposition war marginalisiert, die Gewerkschaften schlugen einen Konformitätskurs ein. Die hohen Energiepreise auf dem Weltmarkt ließen Russlands Bruttonutzenprodukt steigen. Der Moment schien also günstig, um die Pläne für die Einführung der Marktwirtschaft im Wohnungswesen wieder aufzunehmen. Eigentum und Konkurrenz, so das Motto für diesen neuen Anlauf, sollten Russlands Wohnungswirtschaft bestimmen.

Innerhalb von maximal vier Jahren sollten sämtliche Wohnkosten in voller Höhe von den Nutzern der Wohnungen übernommen und die mit dem Wohnen verbundenen Dienstleistungen privatisiert werden. Um die Dienstleistungsunternehmen zu sanieren, war eine Preissteigerung vorgesehen, für welche die Nutzer der Wohnungen aufkommen sollten.

Im November 2001 wurden diese Grundsätze in einem Programm der Regierung für das Wohnungswesen konkretisiert. Die Reform sollte nunmehr in drei Schritten realisiert werden. Zunächst waren die Schulden der öffentlichen Hand und ihrer Institutionen gegenüber den Dienstleistungsunternehmen, die Wohnraum überhaupt erst bewohnbar machen, zu begleichen. Damit sollte die Subventionierung des Wohnens auf Kosten dieser Betriebe abgeschafft werden.

In einer zweiten Etappe sollten die Sozialkonten dann in den Jahren 2004 und 2005 in ganz Russland eingeführt werden. Die von den Wohnungsnehmern zu entrichtenden Zahlungen für Wasser und Energie sollten sich von diesem Zeitpunkt an nach dem individuellen Verbrauch richten, was jedoch die großflächige Installierung von Strom- und Wasserzählern voraussetzt. Sparsame Technologien sollten den Verbrauch reduzieren helfen. Überdies sollten in den Jahren 2004 und 2005 die in der Wohnungswirtschaft tätigen kommunalen Dienstleistungsunternehmen sowie die für die Verwaltung der Wohnungen zuständigen Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt und privatisiert werden.

Die dritte Etappe der Reform in den Jahren 2006 bis 2010 schließlich sollte den Finanzierungsmodus der Wohnungswirtschaft durch die Heranziehung privaten Kapitals grundlegend verändern. Bei diesen Planungen wurde ein beträchtliches Wirtschaftswachstum vorausgesetzt, das den allmählichen Rückzug des Staates aus der Wohnungswirtschaft ermöglichen sollte. In dieser abschließenden Phase der Reform war für den Staat nur noch die Rolle eines Krisenmanagers in einer schwierigen Übergangsperiode vorgesehen.

Das träge Tempo der Reformen

Die Realisierung dieses Programms aus Präsident Putins erster Amtszeit zieht sich in die Länge.

Über die Autorin

Tatjana Jakowlewna Tschetwernina leitete 1993–2005 das Zentrum zur Erforschung des Arbeitsmarktes am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften. Seit Juni 2005 ist sie Prorektorin der „Higher School of Economics“ in Moskau.

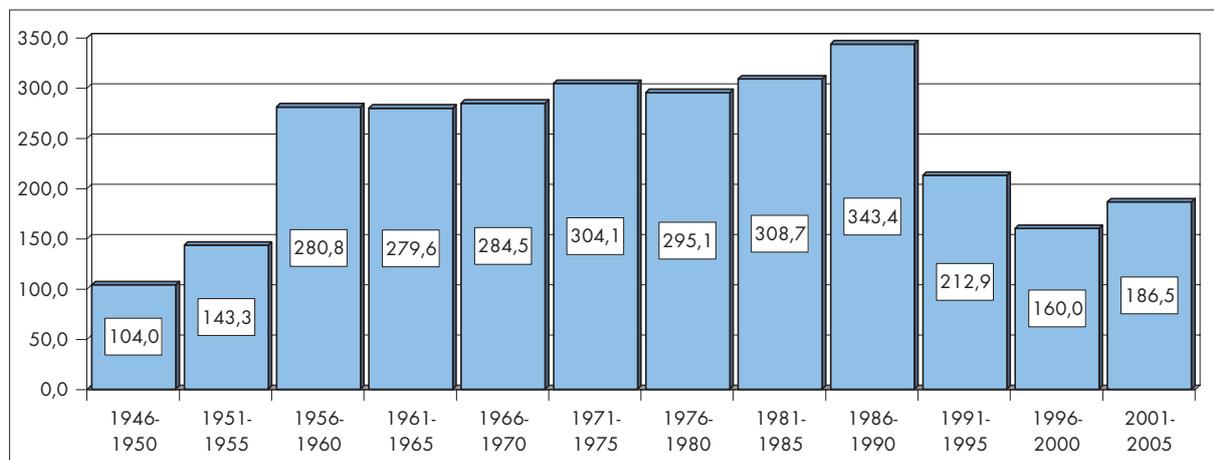
Lesetipps

Der vorliegende Text ist entnommen aus:

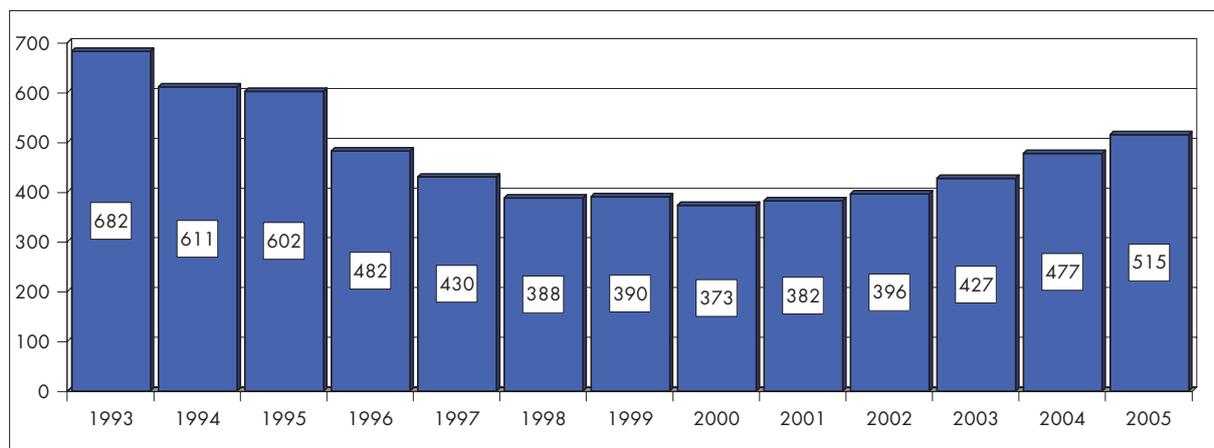
Alltag und Krise: Wohnen im neuen Russland. Ein analytischer Bericht von Tatjana Tschetwernina im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeitsmarktforschungen, Russische Akademie der Wissenschaften. In einer Bearbeitung von Angela Rustemeyer, Moskau, 2005

Trotz des langsamen Tempos der Reform halten die politisch Verantwortlichen an dem Ziel fest, den Wohnungssektor von seinen Nutzern finanzieren zu lassen. Beibehalten blieb zudem als eine Hauptstoßrichtung der Reform die Auflösung der bisherigen Einheit von Eigentümer, Verwalter und Erbringer von Dienstleistungen – Funktionen, die bislang die Kommunen kumulierten. Dezentralisierung, Wettbewerb und Orientierung an Rentabilitätskriterien sollen, so hoffen die Autoren der Reform, das Wohnen zu einem dynamischen Sektor der Marktwirtschaft machen, der privates Kapital anzieht und so dem Kreditwesen und dem Wertpapiergeschäft Impulse gibt. Von der Nutzung des Kapitalmarkts wird die technologische Modernisierung des Wohnungssektors und der ihn beliefernden Dienstleistungen abhängen.

Das umfangreiche Programm von 2001 wurde 2004 durch weitere Gesetze und Gesetzesänderungen ergänzt. So verabschiedete die Staatsduma 2004 das oben erwähnte, umstrittene Paket mit Gesetzesvorlagen zum Wohnrecht und zum Städtebaurecht. Für die Nutzer von Wohnungen hat die neue Rechtslage zwei Seiten. Zum einen bringt sie – insofern hat die Duma-Fraktion der Kommunistischen Partei recht – in der Tat das Ende des sowjetischen Lebensstils mit sich. Das uneingeschränkte Recht auf Wohnraum, eine der wichtigsten sozialen Garantien der Sowjetzeit, existiert nicht mehr. Die Spekulationen mit Wohnraum, mit denen die Sowjetbürger jahrzehntlang die staatliche Bevormundung umgingen und die mit der Zeit zu eingespielten Verhaltensweisen im sozialen Leben wurden, sind nunmehr ungesetzlich. Zum anderen geht das neue Recht auf die bereits in die Marktwirtschaft integrierten Bereiche des Wohnungswesens ein und gibt in Einzelfällen – aber keineswegs umfassend! – Garantien gegen Willkür. Dies sind wichtige Entwicklungen, aber die Bevölkerung nimmt sie kaum wahr. In den Augen der Bürger ist die einzige spürbare Folge der Reform im Wohnungswesen die Erhöhung der an die Gemeinden für Wohnung und dazugehörige Dienstleistungen zu entrichtenden Zahlungen. Und tatsächlich ist die Realität von den Programmen und Gesetzen, welche das Wohnen in die Marktwirtschaft integrieren sollen, noch weit entfernt.

Tabellen und Grafiken zum Text
Statistiken zum Wohnungsbau
Neugebauter Wohnraum 1946–2005 (in Mio. Quadratmetern)


Quelle: Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statistitscheskij Eschegodnik) 2005, S. 482. Zahl für 2005: http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/16-11.htm

Anzahl der gebauten Wohnungen 1993–2005 (Zahl der Wohnungen in 1.000)

Anzahl der gebauten Wohnungen und deren durchschnittliche Größe

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Zahl der Wohnungen (in Tsd.)	682	611	602	482	430	388	390	373	382	396	427	477	515
davon													
1-Zimmer Wohnungen	19%	19%	18%	18%	18%	18%	18%	20%	20%	21%	23%	25%	28%
2-Zimmer Wohnungen	33%	35%	32%	31%	30%	30%	29%	29%	30%	30%	31%	31%	32%
3-Zimmer Wohnungen	40%	39%	38%	37%	36%	36%	34%	34%	33%	32%	31%	29%	27%
4-Zimmer Wohnungen	8%	7%	12%	14%	16%	16%	19%	17%	17%	17%	15%	15%	13%

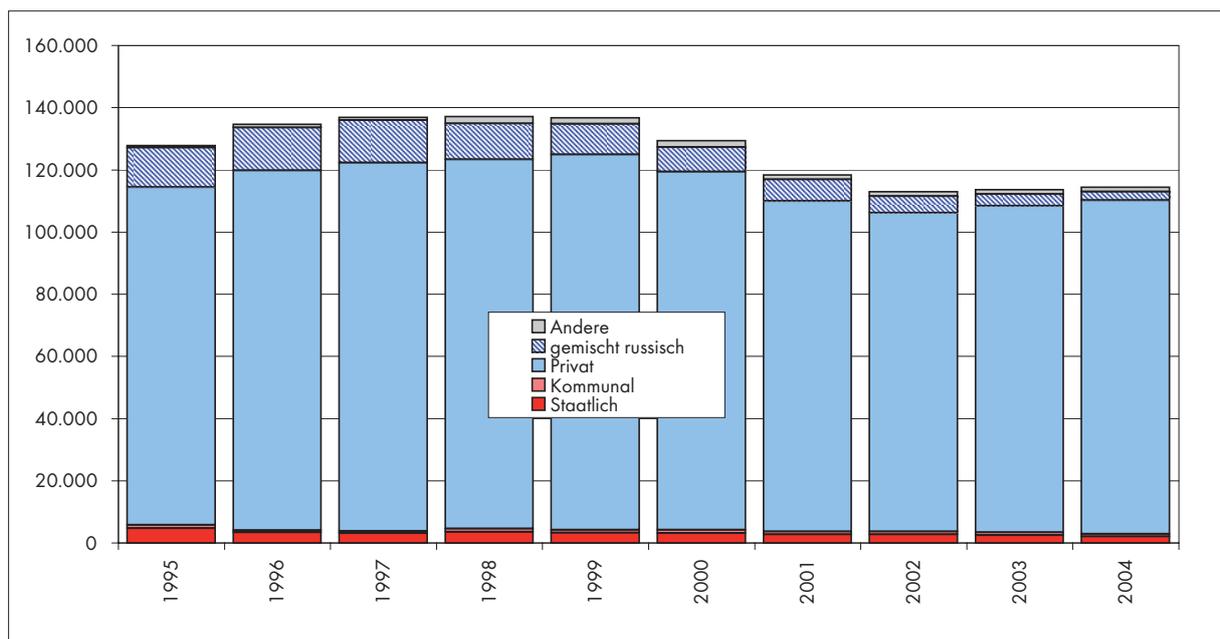
Quelle: Rosstat, http://www.gks.ru/free_doc/2006/rus06e/16-16.htm bzw. Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statistitscheskij Eschegodnik) 2005, S. 483 und ebd. 2001, S. 440.

Die 6 Regionen mit dem meisten neugeschaffenen Wohnraum (2004)

Region	Wohnraum
Gebiet Moskau	5,7 Mio. m ²
Moskau (Stadt)	4,6 Mio. m ²
Sankt-Petersburg	2,0 Mio. m ²
Region Krasnodar	1,8 Mio. m ²
Tatarische Republik	1,8 Mio. m ²
Republik Baschkirien	1,5 Mio. m ²
6 Regionen gesamt	17,4 Mio. m ²
Russland gesamt	41,0 Mio. m ²

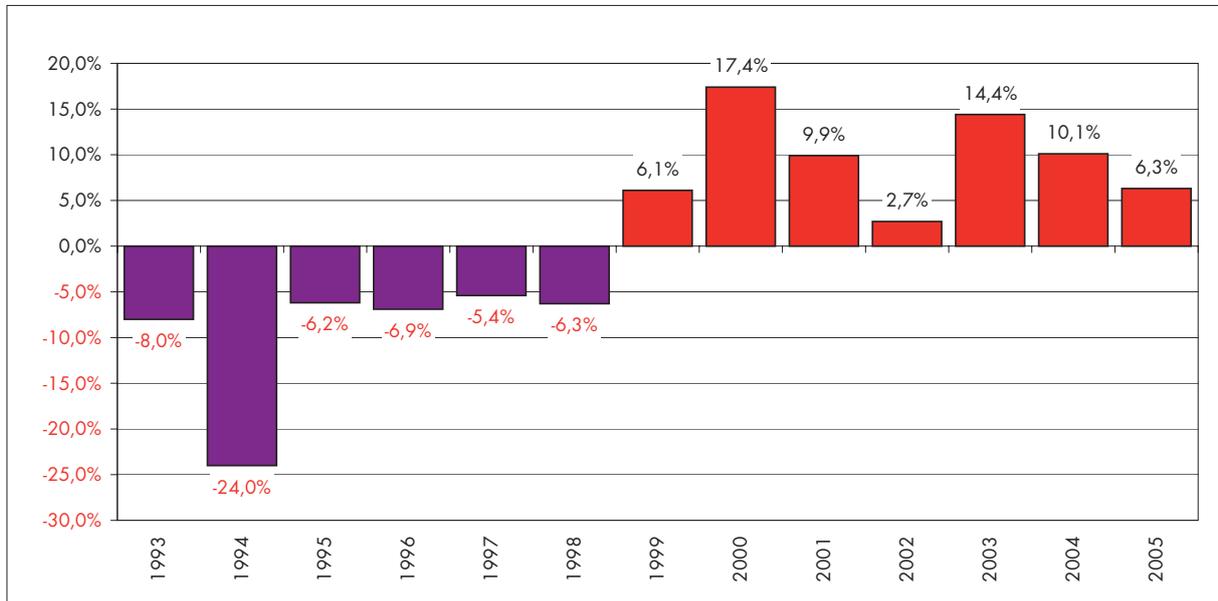
Quelle: Offizielles Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (*Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statisticheskij Eschegodnik*) 2005, S. 484.

Entwicklung der Zahl der Bauunternehmen nach Eigentumsform



Quelle: Offizielles Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (*Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statisticheskij Eschegodnik*) 2001, S. 427 sowie Ausgabe 2005, S. 469.

Veränderung der Bautätigkeit (in Prozent zum Vorjahr)



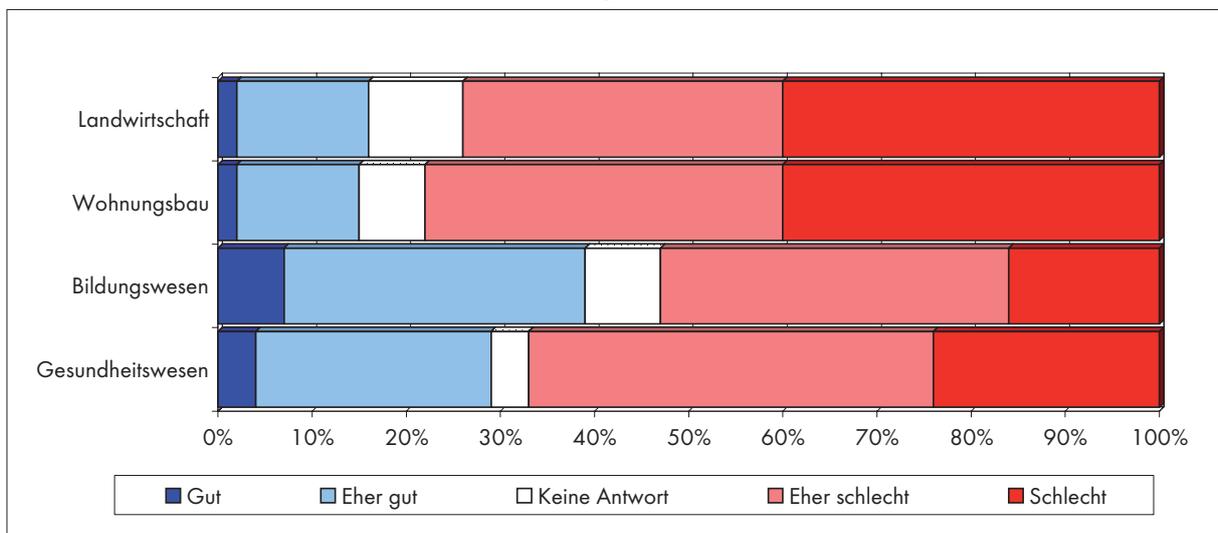
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statisticheskij Eschbegodnik) 2001, S. 436, sowie Ausgabe 2005, S. 478. Daten für 2005: http://www.gks.ru/free_doc/2006/Statob/09-05.htm.

Umfrage

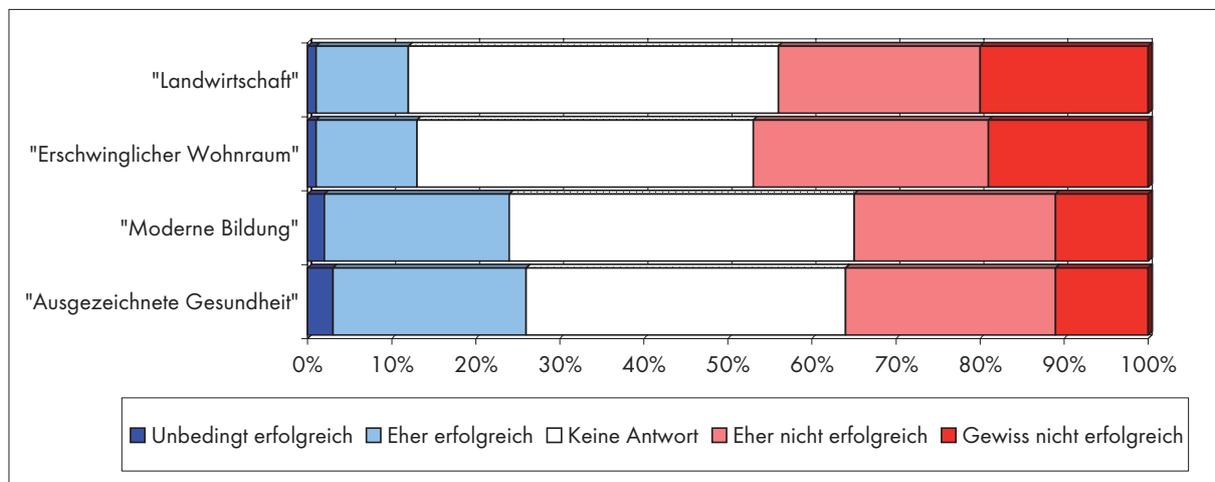
„Nationale Projekte“ im Vergleich

Quelle: Umfragen des Meinungsforschungsinstituts VCIOM vom 26. und 27. August 2006 <http://wciom.ru/?pt=44&article=3130>

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation auf folgenden Feldern?



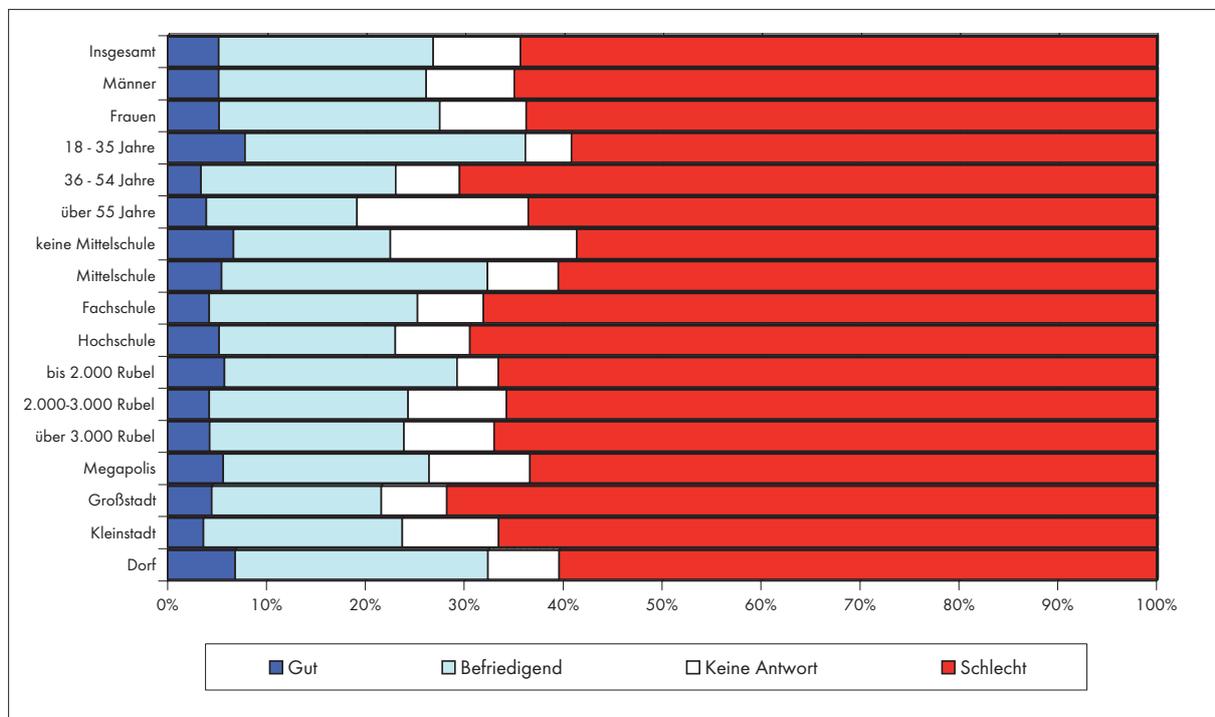
Bewerten Sie den Erfolgsgrad bei der Realisierung der nationalen Projekte in Ihrer Region



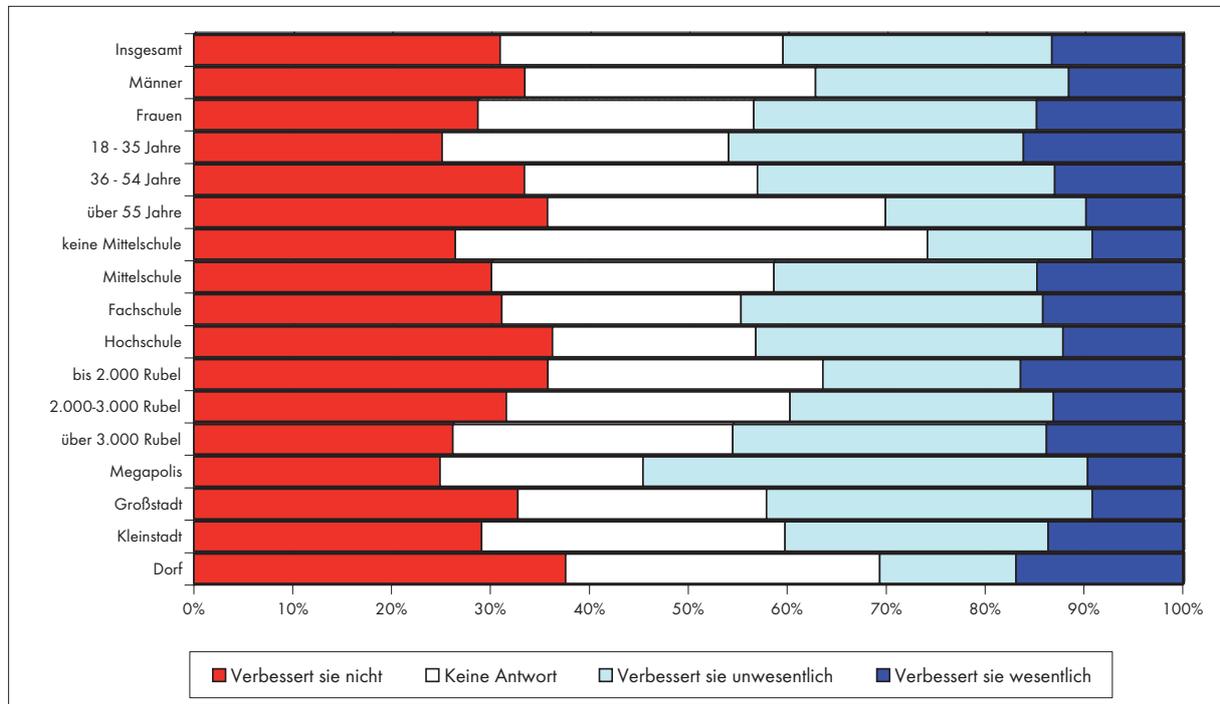
Die Wohnungssituation und das Nationale Projekt „Erschwinglicher Wohnraum“

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) am 13. und 14. Mai 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0619.zip>

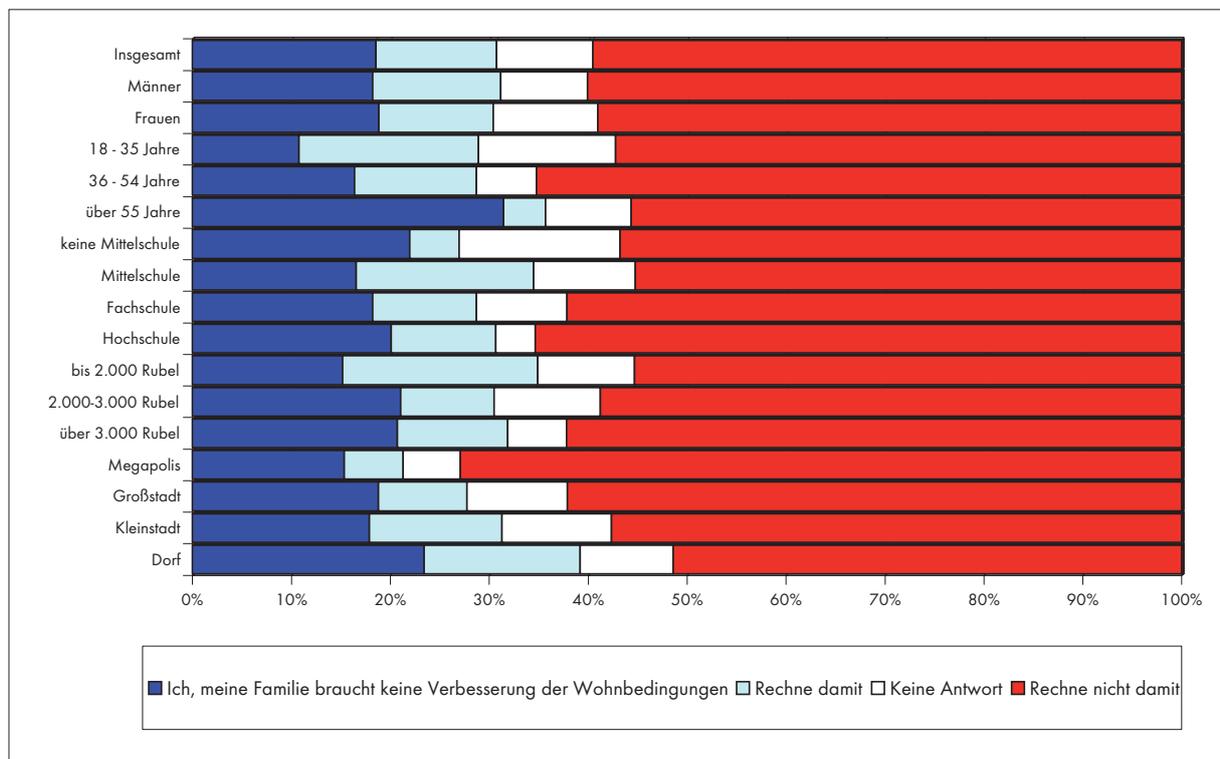
Wie bewerten Sie da, wo Sie wohnen, die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ?



Wird das Nationale Projekt „Erschwinglicher Wohnraum“ die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnung da, wo Sie wohnen, verbessern?



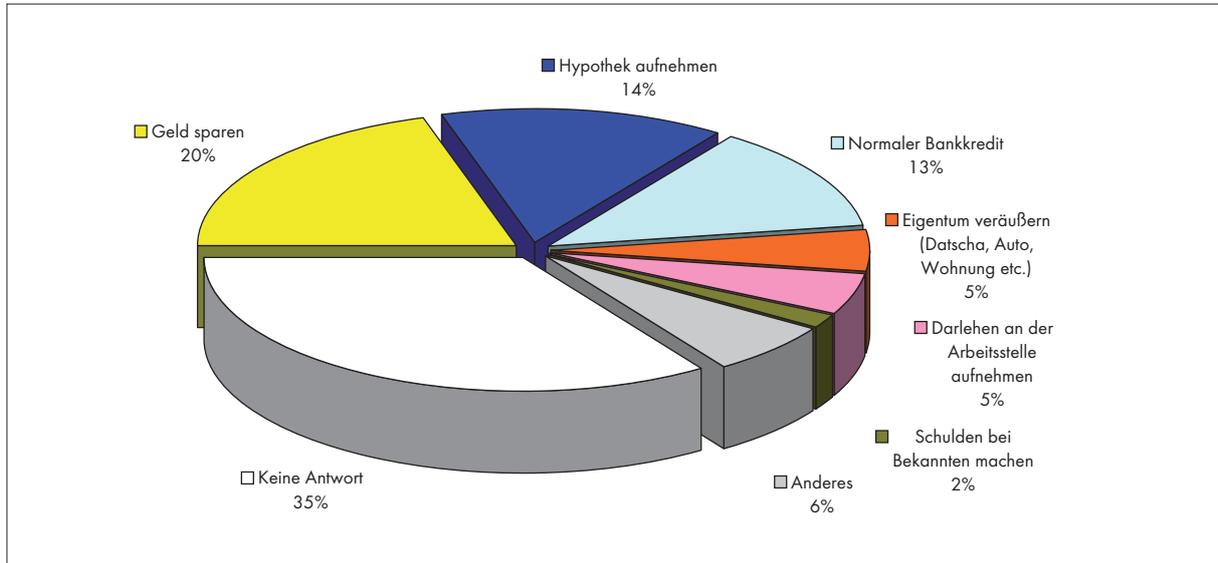
Wird das Nationale Projekt „Erschwinglicher Wohnraum“ Ihre persönliche Wohnraumversorgung verbessern?



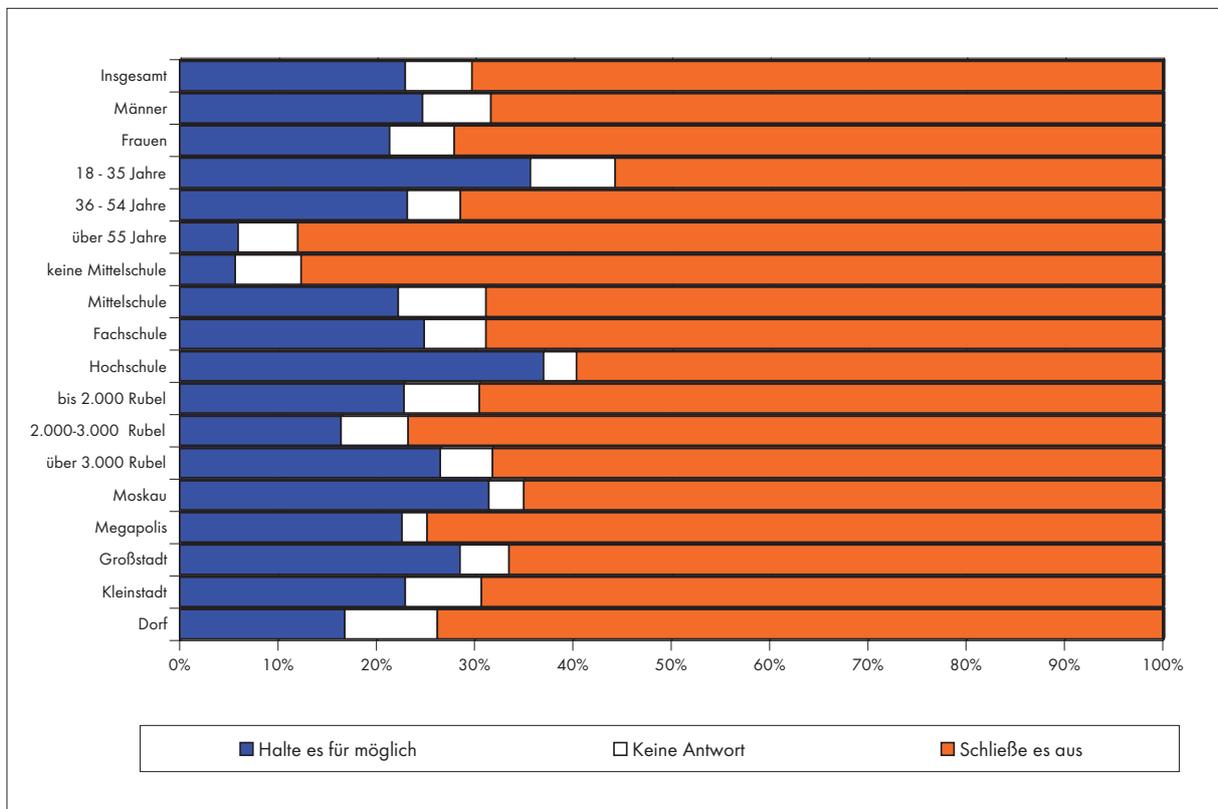
Einstellungen zum Hypothekenkredit in der russischen Bevölkerung

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) am 5. und 6. August 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0631.zip>

Wenn Sie Wohnraum erwerben wollen, wie werden Sie das notwendige Geld aufbringen?



Würden Sie (Ihre Familie) eine Hypothek aufnehmen, um Wohnraum zu erwerben?



Analyse

Wohnen und soziale Ungleichheit

Von Tatjana Tschetwernina, Moskau

Villen und Plattenbauten

Zu Beginn der Reformära ließen sich Russlands neue Reiche am Rand der Großstädte ihre ersten Einfamilienhäuser bauen. Mit architektonischen Zitate aus dem nationalrussischen Stil der ausgehenden Zarenzeit versehen, hoben sich die kleinen Burgen deutlich von den verfallenden Zweckbauten der späten Sowjetunion ab. Für deren Bewohner waren die massiv gebauten Häuser am Stadtrand Symbole illegitimen Reichtums. In den Augen vieler Russländer machten die „cottages“ der Begüterten auf geradezu skandalöse Weise sichtbar, dass verschiedene Gesellschaftsschichten unterschiedlich wohnen. Diese Demonstration sozialer Ungleichheit im Hinblick auf ein Grundbedürfnis stand im Widerspruch zu den egalitären Idealen der Sowjetzeit, denen viele noch verhaftet waren.

Dabei hatte sich trotz dieser Ideale soziale Ungleichheit auch schon zu sowjetischen Zeiten im Wohnen manifestiert. In den dreißiger Jahren bezog die Elite der Stalinära geräumige Luxuswohnungen, die auf ihr diskretes Bedürfnis nach Bürgerlichkeit zugeschnitten waren. Währenddessen drängten sich Bauern, die von der Zwangskollektivierung auf dem Land in die Städte getrieben worden waren, zu zwei, drei oder vier Familien in einer Wohnung. Die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg machten die Wohnungsnot noch drückender. Dass sie in den folgenden Jahrzehnten wesentlich gemildert wurde, hatte politische Gründe. Nikita Chruschtschow verstand, dass der Verzicht auf massenhafte Repression im Stil Stalins neue Strategien der Systemstabilisierung erforderlich machte. Die Unterstützung der Bevölkerung war zu gewinnen. Dafür waren bessere Wohnbedingungen unbedingte Voraussetzung. 1955 initiierte Chruschtschow ein gigantisches Wohnungsbauprogramm. Bis zum Ende der 1980er Jahre entstanden siebzig Millionen Wohnungen. Die baulichen Mängel der in rasantem Tempo hochgezogenen Häuser handelten ihnen den Spitznamen „Chruschtschoby“ (analog zu „truschtschoby“, „Elendsbehausungen“) ein. Dennoch: die Wohnsituation großer Teile der Bevölkerung war in den letzten Jahren der Sowjetunion unvergleichlich besser als bei Stalins Tod.

Privilegien für Bedürftige?

Die Nutzer von Wohnungen waren nicht gleichgestellt. Dafür sorgten Vergünstigungen, die bestimmten Kategorien der Bevölkerung zugute kamen und anderen vorenthalten blieben, wie etwa Preisnachlässe für kommunale Dienstleistungen (l'goty). Diese Vergünstigungen, die nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach der Zugehörigkeit zu einer sozialen oder einer Berufsgruppe zuerkannt werden, existieren bis

heute. Sie werden von einem Drittel der Bevölkerung in Anspruch genommen. Preisnachlässe bei den für die Nutzung von Wohnraum zu entrichtenden Zahlungen und Wohngeld entfielen im Jahr 2002 anteilig auf folgende Gruppen:

- 24,3 Prozent: Behinderte (Kriegsinvaliden des Zweiten Weltkriegs und ihnen gleichgestellte Personen eingeschlossen)
- 46,5 Prozent: Veteranen, davon 42,4 Prozent Veteranen der Arbeit
- 10,2 Prozent: Militärangehörige und ihre Familien
- 4,6 Prozent: kinderreiche Familien
- 3,6 Prozent: hoch qualifizierte Kräfte auf dem Land
- 10,8 Prozent: andere.

Zweifellos gibt es in diesen Kategorien zahllose bedürftige Personen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass im zitierten Stichjahr staatliche finanzielle Unterstützung für Nutzer von Wohnungen in erheblichem Ausmaß nach mehr oder weniger formalen Kriterien vergeben wurde. Das Nachsehen haben dabei diejenigen, deren tatsächlich schlechte materielle Situation eigentlich staatliche Hilfe erforderlich machen würde, die aber keiner entsprechenden Gruppe angehören.

Ausschlaggebend dafür, ob ein Bürger in den Genuss staatlicher Wohnsubventionen kommt, ist nicht nur die Zugehörigkeit zu einer jener Bevölkerungsgruppen, die der sowjetische Staat – häufig aus politischen Gründen – förderte: Man muss zudem auch in der richtigen Gegend Russlands ansässig sein. Denn die staatlichen Unterstützungsgelder fließen nicht gleichmäßig überallhin. Lange Zeit erhielten Regionen übergreifend Stadtbewohner mehr finanzielle Wohnförderung als Menschen auf dem Land. Erst seit 2001 ändert sich dies allmählich.

Wohnen und Kostenbelastung

Wie wirkt sich die Wohnreform auf die Situation der finanziell besonders schlecht gestellten Russen aus? Generell fallen Wohnkosten in der Haushaltskasse gering Verdienender stärker ins Gewicht als im Budget von Personen mit höherem Einkommen. Seit Beginn des Übergangs zur Marktwirtschaft sind die Einkommensunterschiede in Russland stetig gewachsen. Dementsprechend sind nunmehr die Unterschiede in der Belastung der Haushalte durch Wohnkosten immens. (Vgl. Abbildung auf Seite 13: Anteil der Ausgaben für Wohnen und damit verbundene Dienstleistungen an den Ausgaben für Dienstleistungen).

In welchem Maße die Nutzer einer Wohnung in Russland die Auswirkungen der Reformen spüren, ist also von ihrem Einkommen abhängig. Das wiederum bedeutet, dass die Mehrheit der Russländer in ihrer privaten Wirtschaftsplanung von jeder Verteuerung des Wohnens stark betroffen ist. Denn die finanzielle Lage der weitaus meisten Haushalte ist prekär. Das Einkommensniveau hat insgesamt das Niveau der Zeit vor dem Übergang zur Marktwirtschaft noch nicht wieder erreicht, auch wenn nach der schweren Wirtschaftskrise von 1998 eine starke Wachstumsdynamik zu beobachten war (Tabelle auf Seite 14: Entwicklung der Realeinkommen zwischen 1992 und 2002 (jeweils in % des Vorjahres)). Anfang der 2000er Jahre stieg zudem der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Die Regierung verbuchte beides als großen Erfolg und sprach von der Verdreifachung der Einkommen in den Jahren 1999 bis 2002. Bei dieser optimistischen Einschätzung wurden jedoch Nominal- und Realeinkommen verwechselt. Real sanken die Einkommen zwischen 1999 und 2002 um fast drei Prozent, die Löhne und Gehälter um gut vier Prozent und die Renten sogar um über neun Prozent. Die in Wirklichkeit negative Entwicklung der Einkünfte wurde von der Bevölkerung sehr deutlich wahrgenommen: 2002 bezeichneten 40 Prozent der Russländer die eigene wirtschaftliche Lage als „schlecht“, bis „sehr schlecht“.

Seit der Einführung der Marktwirtschaft hat sich die Struktur der Einkommen in Russlands Haushalten verändert. Machte 1991 Lohn oder Gehalt noch mehr als siebzig Prozent des persönlichen Einkommens aus, so waren es in den Jahren 2000 bis 2003 nur noch rund 66 Prozent. Etwa ein Drittel des durchschnittlichen Einkommens wird aus unternehmerischer Tätigkeit und aus der Kommerzialisierung von Eigentum geschöpft. An diesen Formen wirtschaftlicher Tätigkeit ist allerdings bei weitem nicht die gesamte Bevölkerung beteiligt. Viele Russländer sind weder Unternehmer,

noch verfügen sie über kapitalisierbares Eigentum. Sie alle gehören im Grunde bereits zu der großen Gruppe der Menschen in prekärer wirtschaftlicher Lage.

Risikogruppen

Nach objektiven Kriterien – einem Einkommen unter dem Existenzminimum oder auf dessen Niveau – und subjektiven Gesichtspunkten – der negativen Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation – kristallisieren sich im heutigen Russland Risikogruppen heraus, die ständig von Armut bedroht sind. Dazu gehören allein stehende Rentner (sowohl nicht erwerbstätige als auch erwerbstätige), allein erziehende Mütter und Väter, kinderreiche Familien und Familien mit Behinderten. Ein beträchtlicher Teil der zu diesen Gruppen gehörenden Personen sieht die eigene wirtschaftliche Situation äußerst pessimistisch (Vgl. Abbildung auf Seite 14: Die finanzielle Lage meiner Familie ist ...)

Die reale materielle Lage dieser Gruppen entspricht dieser pessimistischen Selbsteinschätzung: Das Budget von Personen mit geringem Einkommen, die erwerbsunfähige Familienmitglieder zu versorgen haben, lässt oft nicht einmal die Befriedigung elementarer Bedürfnisse zu. Dabei sind die Engpässe von Gruppe zu Gruppe verschieden. Allein stehende und nicht erwerbstätige Rentner oder Familien mit Behinderten klagen vor allem über mangelnde Mittel für die Anschaffung von Kleidung und Medikamenten. Kinderreiche Familien haben in erster Linie Probleme beim Kauf von Lebensmitteln (Vgl. Abbildung auf Seite 14: Verteilung der Haushalte in prekärer sozialer Lage nach durchschnittlichem Einkommen pro Haushaltsangehörigem)

Wohnen gilt in den finanzschwachen Haushalten bislang noch nicht als der problematischste Posten im Budget. Mindestens doppelt so häufig wie über mangelnde Mittel für die Bezahlung von Wohnraum und dazugehörigen Dienstleistungen klagen die Angehörigen der Risikogruppen über zu wenig Geld für den Kauf von Kleidung und Medikamenten. Dass das Wohnen den von Armut bedrohten Gruppen noch als relativ erschwinglich erscheint, ist wohl unter anderem damit zu erklären, dass die Zahlungen für Wohnraum und Dienstleistungen am Ersten des Monats zu entrichten sind und so am Monatsende, wenn in den betreffenden Haushalten das Geld knapp wird, nicht mehr ins Gewicht fallen. Überdies wird die pünktliche Bezahlung der Wohnkosten mittlerweile mit harten Sanktionen bis hin zur Aussiedlung aus der Wohnung durchgesetzt. Und schließlich gehören Preisnachlässe bei den Zahlungen für Wohnraum und dazugehörige Dienstleistungen zu den am häufigsten

gewährten Sozialleistungen überhaupt.

Dennoch hält mindestens ein Drittel der zu diesen Risikogruppen zählenden Personen selbst das Wohnen für unbezahlbar. Fast 38 Prozent der kinderreichen Familien und 22 Prozent der Familien mit Behinderten verwenden mehr als ein Fünftel ihres Budgets aufs Wohnen; knapp sieben Prozent der Haushalte mit Behinderten geben sogar über ein Drittel ihres Geldes für ihre Wohnung und die dazugehörigen Dienstleistungen aus. Sicher: einem Teil der Haushalte steht mehr Wohnraum zur Verfügung, als der russländische Standard vorsieht. Dies betrifft allerdings eher allein stehende Rentner. Wenn demnächst für die über die offizielle Wohnraumnorm hinausgehende Fläche hohe Preise bezahlt werden müssen, wird sich die finanzielle Situation dieser Menschen erheblich verschlechtern. Kinderreiche Familien und Familien mit Behinderten verwenden bereits jetzt einen unzumutbar hohen Anteil ihrer Einkünfte aufs Wohnen, ohne dass ihnen dafür überdurchschnitt-

lich viel Platz oder wirklich qualitativ annehmbarer Wohnraum zur Verfügung stünde. Eine weitere Verteuerung des Wohnens, welche die im Rahmen der Reform vorgesehene Übernahme der gesamten Wohnkosten durch die Nutzer der Wohnungen vorsieht, würde Wohnung und Dienstleistungen für diese Gruppen unter den jetzigen Bedingungen vollends unerschwinglich machen.

Dementsprechend ist über die Wohnreform auch niemand glücklich – sofern überhaupt bekannt ist, dass in Russland seit den neunziger Jahren eine solche Reform durchgeführt wird. Nur knapp ein Viertel der Bevölkerung zeigte sich bei der für diese Studie durchgeführten Befragung darüber informiert. Explizit auf die Reform angesprochen, äußerten sich die Befragten hinsichtlich ihrer voraussichtlichen Folgen pessimistisch: 82 Prozent glauben, dass Russlands Bevölkerung insgesamt durch die Wohnreform mehr verlieren als gewinnen werde.

Lesetipps

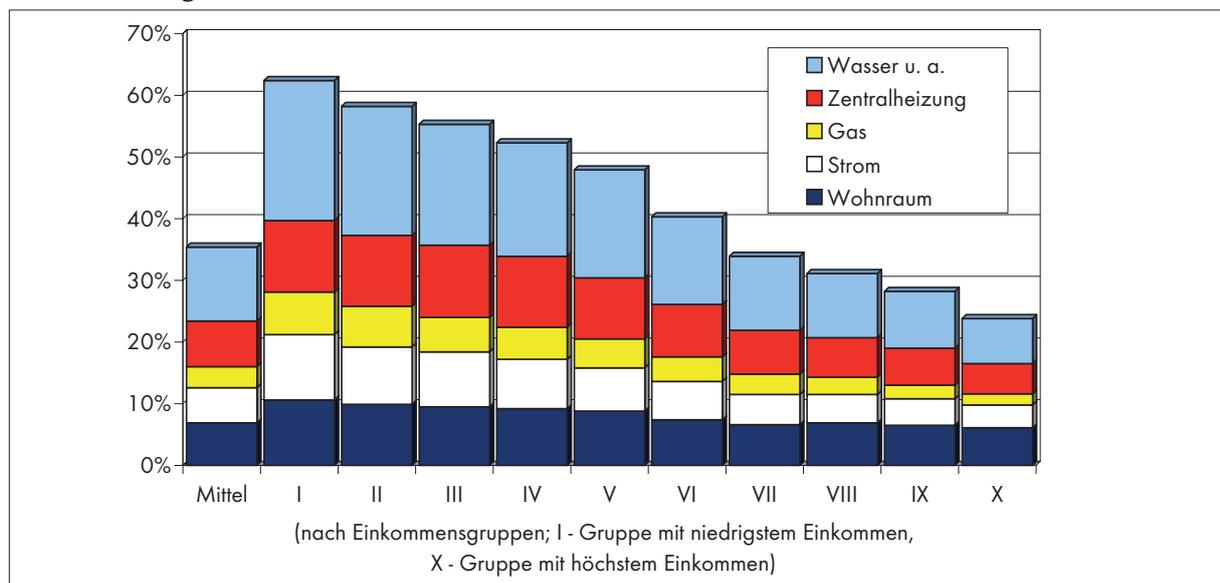
Der vorliegende Text und die folgenden Tabellen sind entnommen aus:

- Alltag und Krise: Wohnen im neuen Russland. Ein analytischer Bericht von Tatjana Tschetwernina im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeitsmarktforschungen, Russische Akademie der Wissenschaften. In einer Bearbeitung von Angela Rustemeyer, Moskau, 2005
- L. Skyner: Rehousing and Refinancing Russia: Creating Access to Affordable Mortgaging, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 4, S. 561–581.
- A. Alexandrova: Housing and Public Services in a Medium-Sized Russian City. Case Study of Tomsk, in: Eurasian Geography and Economics, 45.2004, Nr. 2, S. 114–133.

Tabellen und Grafiken zum Text

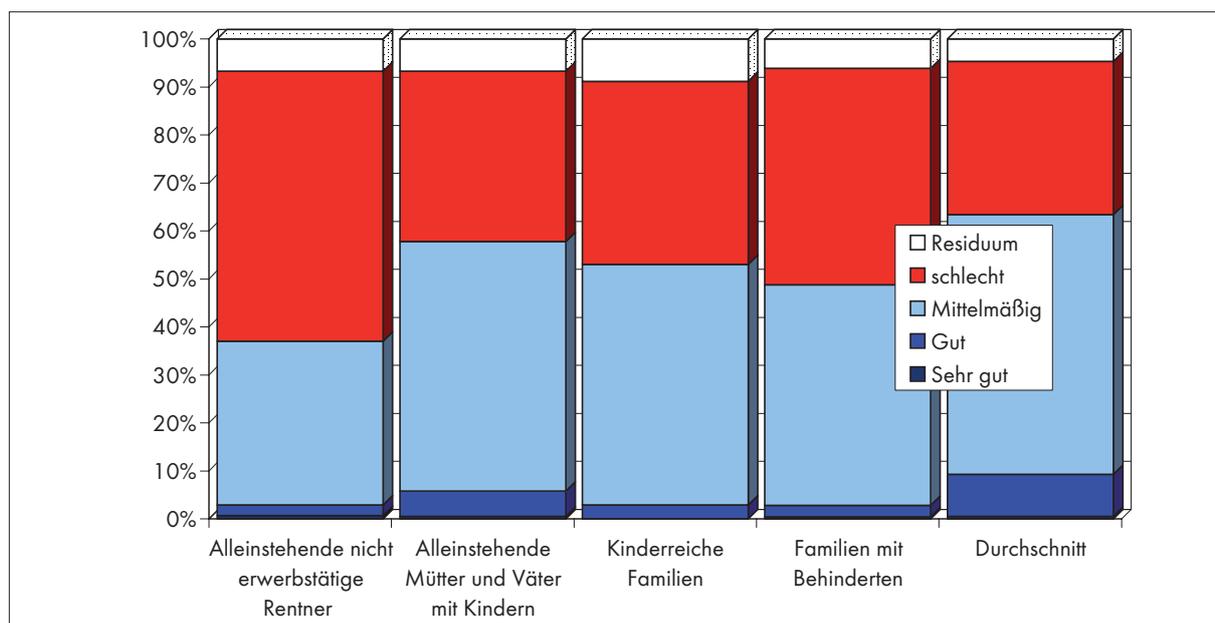
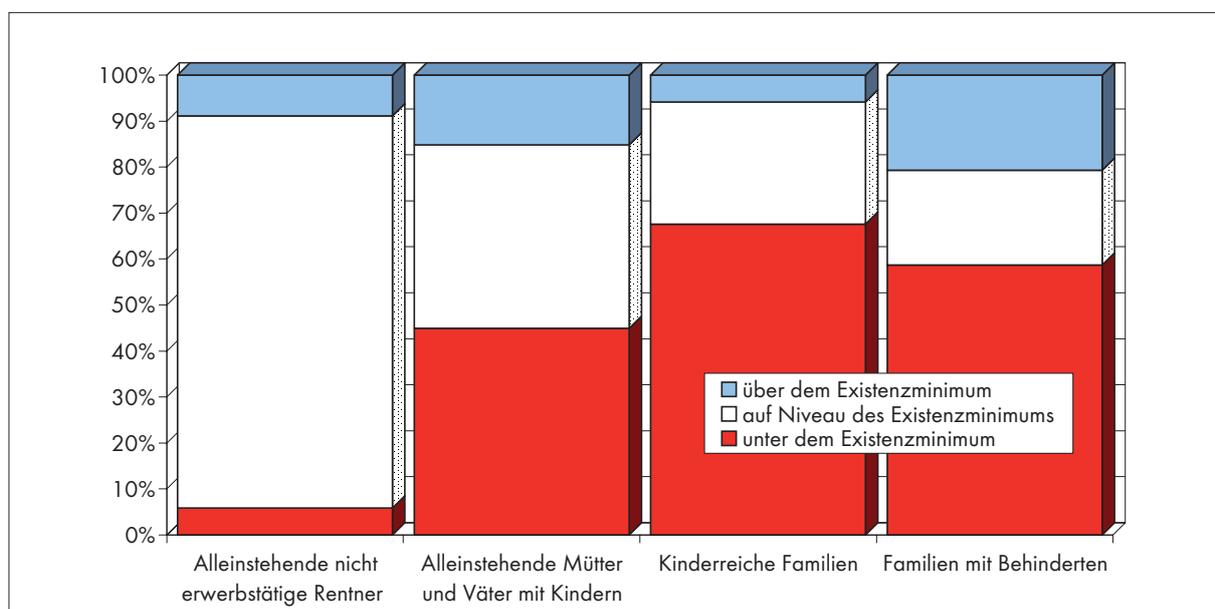
Wohnen als Kostenfaktor

Anteil der Ausgaben für Wohnen und damit verbundene Dienstleistungen an den Ausgaben für Dienstleistungen 2002



Entwicklung der Realeinkommen zwischen 1992 und 2002 (jeweils in % des Vorjahres)

	1992	1995	1997	1998	2000	2001	2002
Realeinkommen	53%	84%	106%	84%	113%	110%	110%
darunter:							
Löhne und Gehälter	67%	72%	105%	87%	121%	120%	116%
Renten	52%	81%	95%	95%	128%	121%	116%

Die finanzielle Lage meiner Familie ist ...

Verteilung der Haushalte in prekärer sozialer Lage nach durchschnittlichem Einkommen pro Haushaltsangehörigem (Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte der Gruppe in %)


Chronik

Chronik vom 21. bis zum 28. September 2006

21.9.2006	Die Zentralbank gibt bekannt, dass Gennadij Melikan, Stellvertretender Vorsitzender der Zentralbank, in der Nachfolge des ermordeten Andrej Koslow zum Chef der Bankenaufsicht ernannt wird.
21.9.2006	Ein PKW mit fünf russischen Soldaten gerät in Tschetschenien in einen Hinterhalt. Alle Insassen werden getötet.
21.9.2006	Putin legt den Grundstein für die "Skolkovo-Moscow School of Management", eine Business School, die von 14 russischen Großunternehmen finanziert wird.
21.9.2006	Das russische Umweltministerium gibt bekannt, dass es die Förderlizenz für das arktische Charjaga-Feld der Total S. A. überprüft. Der Firma drohen Bußgelder oder der Entzug der Fördergenehmigung.
22.9.2006	Die Staatsduma verabschiedet mit 350 gegen 80 Stimmen ein Amnestiegesetz, das tschetschenischen Untergrundkämpfern, die die Waffen niederlegen, Straffreiheit für Verbrechen anbietet, die zwischen dem 13. Dezember 1999 und dem 14. Januar 2007 begangen worden sind.
23.9.2006	Präsident Putin, der französische Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzlerin Angela Merkel treffen in Compiègne zusammen. Sie erörtern u.a. die Lage im Nahen Osten und das Iran-Problem. Außerdem stehen Energiefragen und die russische Beteiligung an EADS auf der Tagesordnung. Chirac verleiht Putin da Großkreuz der Ehrenlegion. Diese Ehrung wird von der Organisation "Reporter ohne Grenzen" scharf kritisiert.
24.9.2006	In St. Petersburg wird ein indischer Medizinstudent von einer Gruppe Maskierter niedergestochen. Er stirbt an seinen Verletzungen.
25.9.2006	Die Generalstaatsanwaltschaft droht dem Mineralölkonzern BP, der gemeinsam mit seinem russischen Partner TNK das Kowykta-Gasfeld im Gebiet Irkutsk entwickelt, mit Entzug der Lizenz, da Umweltauflagen nicht eingehalten würden.
25.9.2006	In Kislowodsk (Region Stawropol) wird ein islamischer Geistlicher von zwei Unbekannten erschossen. Ein Polizist, der sie aufzuhalten versucht, wird verletzt.
26.9.2006	Außenminister Sergej Lawrow spricht vor dem World Affairs Council in Los Angeles. Er kritisiert die amerikanische Haltung gegenüber Russland und fordert flexiblere Allianzen.
26.9.2006	Das Militärgericht Tscheljabinsk verurteilt den Sergeanten Alexander Siwjakow wegen Missbrauch der Befehlsgewalt im schweren Fall zu vier Jahren Gefängnis. Siwjakow war an den Misshandlungen beteiligt, in deren Verlauf der Soldat Andrej Sytschow Beine und Unterleib verlor.
26.9.2006	Sergej Kirienko, der Vorsitzende der russischen Atomenergiebehörde, und sein iranischer Amtskollege Gholamreza Aghasadeh unterzeichnen einen Vertrag, nach dem Russland bis März 2007 Brennstäbe für das erste iranische Atomkraftwerk in Bushehr zu liefern. Das AKW soll im September 2007 angefahren werden und ab November Strom liefern.
26.9.2006	Jurij Trutnew, Minister für Bodenschätze, erklärt, dass Sakhalin Energy, die Gesellschaft, die das Projekt Sachalin-2 unter Führung von Shell entwickelt, einen Monat Zeit hat, um die unterstellten Umweltverletzungen zu beseitigen. Geschieht dies nicht, wird das Projekt gestoppt.
27.9.2006	Georgische Behörden verhaften vier russische Offiziere unter dem Vorwurf der Spionage. Truppen des georgischen Innenministeriums umstellen das Hauptquartier der russischen Streitkräfte in Tbilissi und verlangen die Auslieferung eines weiteren Beschuldigten. Außerdem werden zwölf georgische Staatsbürger verhaftet, die dem Spionagerring zugerechnet werden.
28.9.2006	Das Stadtgericht von St. Petersburg verurteilt einen Angeklagten wegen des Mords an Galina Starowojtowa zu elf Jahren Freiheitsentzug. Der zweite Angeklagte erhält zwei Jahre, die mit der Untersuchungshaft abgegolten sind.
28.9.2006	Die georgische Polizei hebt die Absperrung des Hauptquartiers der russischen Streitkräfte in Tbilissi auf, nachdem sie zwei weitere russische Offiziere festgenommen haben.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Artikel mit Russland-Bezug aus Osteuropa 9/2006

Heft 9/2006 von Osteuropa ist erschienen. Es hat 160 Seiten, enthält zwei Farbkarten und kostet 9,50 Euro.

Bestellungen über osteuropa@dgo-online.org Das Inhaltsverzeichnis ist einzusehen unter

<http://osteuropa.dgo-online.org/> Folgende Beiträge beziehen sich auf Rußland:

Dmitrij Furman

Ursprünge und Elemente imitierter Demokratien

Zur politischen Entwicklung im postsowjetischen Raum

Das politische System in Rußland ist nicht einzigartig. Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion haben sich diverse Regime etabliert, in denen hinter einer demokratischen Fassade die Macht in den Händen des jeweiligen Präsidenten konzentriert ist. Ein Vergleich der ostslawischen Staaten mit denen in Mittelasien und im Kaukasus ergibt nicht nur, daß diese imitierten Demokratien denselben Ursprung haben, sondern daß sich diese Ein-Mann-Regime auch derselben Elemente und Praktiken politischer Herrschaft bedienen. Der vermeintlichen Macht und Stabilität zum Trotz sind sie in ihrem Kontrollanspruch, ihrer Legitimationsschöpfung und ihrer sozioökonomischen Leistungsfähigkeit dysfunktional und tragen den Keim des eigenen Untergangs in sich.

Petra Stykow

Gesellschaft als staatliche Veranstaltung?

Unternehmerverbände und Staat in Rußland

Rußländische Unternehmerverbände werden selten als relevante politische Akteure wahrgenommen, jedoch ist diese Annahme aufgrund empirischer Befunde zu differenzieren: Zum einen hängt das Potential von Verbänden weit- hin von den staatlich bereitgestellten Gelegenheitsstrukturen ab und ist insofern veränderlich, wie die vergangenen zwei Jahrzehnte zeigen. Zum anderen sind Verbände spezifische Einflußressourcen jener komplexen Netzwerke aus Personen, „Cliques“ und Organisationen, die den politischen Prozeß in Rußland bestimmen. Putins Strategie der autoritären Modernisierung birgt die Gefahr einer dysfunktionalen Verstaatlichung der gesellschaftlichen Interessen- repräsentation.

Jens Siegert

Die Pipeline, der Protest und der Präsident

Ein sibirisches Lehrstück über das System Putin

Rußland plant eine Ölpipeline aus Ostsibirien an die Pazifikküste, die in unmittelbarer Nähe des Baikalsees verlaufen soll. Gegen dieses Projekt erhebt sich seit einigen Jahren Widerstand. Nun hat Präsident Putin in einer telegen inszenierten Entscheidung die Trasse verlegt. Dies zeugt allerdings nicht von einer demokratischen Trendwende in Rußland. Vielmehr ist das Eingreifen Putins ein Lehrstück über ein politisches System, in dem sich Staat und Gesellschaft unversöhnlich gegenüberstehen und der Präsident als „guter Zar“ seine Legitimität daraus zieht, daß er fernsehöffentlich hohe Staatsfunktionäre oder Wirtschaftsführer abkanzelt.

Olaf Leiße

Politik jenseits des Baikal

Der Umgang mit Polyethnizität in der Republik Burjatien

Die Republik Burjatien ist eine jener polyethnischen Regionen Rußlands, in denen beim Zusammenbruch der Sowjetunion keine nationalen Konflikte aufoderten. Trotz der Existenz einer zahlenmäßig bedeutenden Minderheit gibt es bis heute kaum nennenswerte ethnisch aufgeladene soziale und politische Spannungen in Burjatien. Ethnische Orientierungen spielen vor allem im privaten Bereich eine wichtige Rolle. Dies hat mit einem regionalen politischen System zu tun, das starke Konkordanzelemente enthält. Insgesamt ist es weitgehend gelungen, die Bedeutung von Ethnizität auf den privaten, nicht-öffentlichen Bereich zu beschränken.

Andrea Zink

Spiel mit der Geschichte

Die Krimis von Boris Akunin

Warum verkaufen sich Boris Akunins Krimis so gut? Akunin kennt die Bedürfnisse der russischen Leserinnen und Leser: ihre Leidenschaft für die Gattung des Kriminalromans, ihr Interesse an der einheimischen Geschichte. Dieser doppelten Nachfrage kommt Akunin mit seiner Kreation entgegen. Er schreibt historische Krimis und nutzt die Techniken der Postmoderne. Im Effekt entsteht ein neues Bild von alten Zeiten – ein Rußland, das aller Schwermut und aller nationalen Sinnsuche entkleidet ist.